

Ersteinigt täglich
nachmittags mit **Neuigkeiten**
der **Provinz** und **Wirtschaft**.

Abonnementspreis
monatlich 50 Pf.
vierteljährlich 1.50 Mk.
halbjährlich 3.00 Mk.
jährlich 6.00 Mk.
Post- und Porto
1.00 Mk. zuzü. bezugslos.

Die Neue Welt
(Anstaltsveröffentlichung)
monatlich 10 Pf.

Veränderung-Adressliste:
Redaktion: Dr. 300
Verwaltung: Dr. 300
Eigentümer: Dr. 300
Verlag: Halle a. S.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
Expedition: Harz 42/48. Geschäftsverhandlungen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Harz 42/48. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Injektionsärztliche
Anstalt für die **Spezialbehandlung**
von **Blennorrhoe** (Gonorrhoe) durch **intravenöse**
Injektionen. **Dr. 300**
Halle a. S., **Poststraße 76**
Pferde-
straße 10
Halle a. S.

Eine Niederlage des Halleschen Polizeiregiments.

Die „Ueberwachung“ der geschlossenen Mitglieder-Versammlungen der Partei und Gewerkschaften als ungesetzlich festgestellt!

Das Vereinsrecht wieder gesichert!

In dem jahrelangen Kampfe der Halleschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften gegen die unbedingte polizeiliche Ueberwachung ihrer geschlossenen Mitglieder-Versammlungen sind jetzt endlich zwei Entscheidungen gefällt worden, die eine glatte Niederlage der Polizeipraxis bedeuten. Die Ueberwachung der Mitglieder-Versammlungen des Metallarbeiterverbandes ist, wie wir vorgestern berichteten, vom Oberverwaltungsgericht als dem Gesetz widersprechend festgestellt worden, und der Merseburger Regierungspräsident hat nun die Auflösung der Mitglieder-Versammlungen der Partei als gesetzwidrig erklärt. Damit ist

das Hallesche Ueberwachungssystem zusammengebrochen, und das alte Festhalten der Gewerkschaften und der Partei an den Rechten des Vereinsgesetzes mit dem Siege gekrönt.

Und nun machen wir und einmal die ganze Größe der Polizeigebirgs-Har.

Am 15. Mai 1908 trat das Reichsvereinsgesetz in Kraft und von diesem Tage an blüht die Hallesche Polizei den Mitglieder-Versammlungen des Sozialdemokratischen Vereins kein — mehr so mächtiges. Die hatte nicht mehr das Recht, geschlossene Mitglieder-Versammlungen zu „überwachen“. Aber am 10. September 1910 hob die Hallesche Polizei plötzlich ihre Laute auf und eröffnete wieder dem Minister in der Generalversammlung. Alle Welt glaubte, das sei einer der üblichen „Wiggriffe“, aber nein, die rechts- und gesetzeswidrige Ueberwachung geschlossener Mitglieder-Versammlungen wurde am selben Tage zum Halleschen System erhoben und fünf Bezirksämter mit Hilfe und Konsequenz durchgeführt. Generalversammlungen, Mitglieder-Versammlungen, Distriktsversammlungen — alles wurde überwachet, geführt, aufgelöst. Die Garantien des Vereinsgesetzes schienen für die Halleschen Sozialdemokraten aufgehoben, die Polizeigewalt an ihre Stelle getreten. Der Polizeibeherrschungs Hallescher Diktator zeigte, was er über uns vermag.

Und nicht nur das! Die neue Hallesche Polizeipolitik wurde von allen „Anerkennung“ anerkannt, bekämpft, gelobt! Die Sozialdemokratie erhob Widerspruch beim Regierungspräsidenten — der mächtige Mann trat sofort hinter die Partei. Die Partei protestierte beim Oberpräsidenten — der gewaltige Herr deckte die Risse. Sommer und den letzten der Halleschen Polizeipolitik. Die herrliche Stufenleiter der preussischen Nachhabe war erschöpft, es blieb nur noch der Appell an die preussischen Gerichte. Die Sozialdemokratie war auf alles gefaßt — denn sie kennt ja die preussische Rechtsprechung aus einiger Erfahrung.

Da, plötzlich der Umschwung des Kurzes, die glatte Kapitulation der Polizei vor dem Gesetz. Die Nachhabe haben es nicht erst bis zur Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts kommen lassen, sondern haben einer neuerlichen Beschwerde der Partei stattgegeben. Damit ist die polizeiliche Ueberwachung der Mitglieder-Versammlungen als ungesetzlich anerkannt und die Hallesche Polizei wird sich danach zu richten haben! Eine Verletzung der Mitglieder-Versammlungen ist nun nicht mehr möglich, so daß endlich die Halleschen Parteigenossen ungehindert ihre Parteiangellegenheiten erledigen können.

Die letzten Wäfen dieses Ringens um Gesetz und Recht waren die folgenden. Am 5. Oktober d. J. hielt der Sozialdemokratische Verein eine geschlossene Mitglieder-Versammlung ab, in der über die Stabverordnungen zu beraten werden sollte. Die Polizei „überwachte“ wieder, der Volksparade war wieder belagert. Ein Antrag aus der Versammlung, daß dieser polizeilichen Ungehörigkeit zu tagen, wurde sofort einmütig abgelehnt, um kein Fährspiel des Rechts zu spielen. Die Versammlung wurde darauf sofort polizeilich aufgelöst, der Saal geräumt, zwei Genossen, die sich der Rechtswidrigkeit nicht fügen wollten, verhaftet und abgeführt. Beschwerde gegen die Auflösung wurde erhoben. Der liberale Herr Risse wies die Beschwerde wie üblich als „unbegründet“ kurz ab. Er schrieb: Die Mitglieder-Versammlung sei eine „öffentliche“ (!) gewesen, weshalb die Ueberwachung „berechtigt“

gewesen sei. Die alte Leiter. Gegen diesen echt liberalen Entschluß wurde Protest erhoben. Jeder von uns war auf die erneute Jurisdiktion durch den Regierungspräsidenten gefaßt, denn lust ein Jahr vorher hatte der Herr das gleiche in der gleichen Sache getan. Aber die Zeiten ändern sich! Wer oben sitzt kommt manchmal unten hin! Wie ein Blitz aus heiterem Himmel fuhr folgendes Schreiben des Regierungspräsidenten der Halleschen Polizeibehörde in die Krone:

Der Regierungspräsident.

Merseburg, 4. Dezember 1911.
Auf Ihre namens des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis gegen die Hallesche Polizeiverwaltung eingereichte Beschwerde vom 11. Oktober d. J. gesezt Ihnen zum Bescheid, daß ich die Auflösung der vom Vereine am 5. Oktober veranstalteten Versammlung nach den angelegten Ermittlungen nicht als ausreichend begründet ansehe. Ich habe der Polizeiverwaltung von dieser Aufstellung Kenntnis gegeben.

In Vertretung: Name unleserlich.

Das ist schmerzhaft für die Polizei, obgleich der unleserliche Regierungspräsident so harmlose Worte gewählt hat, daß polizeiliches Wesen gar nicht merken müßen, was durch dies Brieflein alles zusammenbricht. Es heißt da nur, die Auflösung sei „nicht genügend begründet“. Also brauche die Polizei mit eine bessere Begründung zu liefern, dann sei alles in Ordnung? So könnte es scheinen, aber dieser Gedankenweg wäre Unsin. Wahrscheinlich.

Nein, die Sache liegt ganz anders. Wir sind in diesem Punkte noch strenger gegen uns als der Regierungspräsident und erklären rund heraus: die Auflösung der Versammlung war berechtigt! Sie war sogar Pflicht der Polizei, denn das Gesetz gebot sie! Der § 14 des Reichsvereinsgesetzes lautet doch:

Die Beauftragten der Polizeibehörde sind befugt, unter Angabe des Grundes die Versammlung für ungesetzlich zu erklären, wenn (1) b) die Zutrittung der Beauftragten der Polizeibehörde verweigert wird.

Das war am 5. Oktober der Fall. Der Vorsitzende Genosse A. B. recht verwies die Polizeibeamten klar, deutlich, strikt des Saales, mocht ihre „Zulassung verweigert“ war. Die Beamten erfüllten nur ihre gesetzliche Vorschrift, als sie unter lauter Angabe des Grundes: „Weil und die Zulassung verweigert wird“, die Versammlung auflösten. Recht, was Recht bleiben! Aber wie nun? Das Rätsel des Vertriebes ist bald gelöst, wenn wir die Sache auf das richtige Gleise schieben. Denn nicht um die Begründung der Auflösung handelt es sich — die stimmt schon —, sondern um die Rechtswidrigkeit der Ueberwachung! Die Polizei hatte im Volksparade nichts zu suchen! Das ist es! Die Versammlung war eine geschlossene Mitglieder-Versammlung. Die Polizei darf jedoch nur in öffentlichen Versammlungen rüden (Schadell), so daß sie in der geschlossenen Versammlung rechtswidrig war. Hatte sie aber kein Recht, in den Saal zu treten, so hatte sie selbstverständlich auch kein Recht, die Versammlung aufzulösen. Deshalb ist die Formulierung von der „nicht ausreichenden Begründung“ der Auflösung ein völliger Irrtum des Regierungspräsidenten, eine vollendet falsche Fassung der ganzen Sache. Der Präsident müßte schreiben: da die Ueberwachung der Versammlung unzulässig war, erscheint die Auflösung „nicht ausreichend begründet“. Nun, wie's klar!

Es ist ja vom Standpunkte der eng verbundenen Behörden anguerkennen, wenn sie die — sagen wir Ueberwachung ihrer untergebenen Anstalten in neue Worte kleiden, aber die Beschuldigten müssen wollen vor allem Wahrheit — und die könnte der Bescheid recht reichlich beitragen.

Was aber dieser völlige Umschwung bedeutet, wird erst völlig erkennbar, wenn wir wiedersehen, was derselbe Merseburger Regierungspräsident jetzt vor zwölf Monaten schrieb. Da hieß es:

Merseburg, den 22. Dezember 1910.
Ihre Beschwerde weise ich als unbegründet zurück. Es handelte sich um Mitglieder-Versammlungen des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis. Sie sind wegen der Größe des Gebiets und der Mit-

gliederzahl dieses Vereins als öffentlich anzusehen. Die Polizeiverwaltung war deshalb berechtigt, Beauftragte in diese Versammlungen zu entsenden. Da die Zulassung dieser Beauftragten in einigen Versammlungen verweigert wurde, sind diese Versammlungen mit Recht aufgelöst worden.

Und als die Partei auch beim Oberpräsidenten in Frageburg Beschwerde gegen diesen Bescheid erhob, wurde ihr (10. April 1911) von dieser höchsten Höhe der Königlich preussischen Verwaltung u. a. geantwortet:

Es ist den Ausführungen des angeführten Bescheides darin beizutreten, daß der Verein nach der sehr erheblichen räumlichen Ausdehnung des Gebiets, das er umfaßt, und nach seiner bedeutenden Mitgliederzahl so groß, und die Verbindung unter den einzelnen Mitgliedern daher eine so lose ist, daß seine Versammlungen nicht als geschlossen, sondern als öffentliche Versammlungen anzusehen sind.

Der Umstand, daß im vorliegenden Falle gleichzeitig 21 Mitglieder-Versammlungen in Halle abgehalten sind, vermag hieran nichts zu ändern, vielmehr unterstreicht es noch die obige Auffassung.

Ist hiernach aber anzuerkennen, daß die in Rede stehenden Versammlungen des Sozialdemokratischen Vereins für Halle a. S. und den Saalkreis öffentliche waren, so steht die Befugnis der Polizeiverwaltung, in denselben Beauftragte zu entsenden, gemäß § 14 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 außer Zweifel.

Also: damals schloß alles in Dattier; was Ueberwachenden Schutzmann bis zur höchsten Spitze — alles eine Auffassung. Das letzte Schreiben des Regierungspräsidenten reichte mit einem Schlage das ganze Gebüde ein.

Wie mag dieser geniale Umschwung gekommen sein? Als durchsichtliche Untertanen erfahren wir ja keinerlei Gründe — wenn nämlich die Polizei Anrecht bekommt! Werden wir freilich gerüffelt, so erklärt alle Welt einen Haufen Gründe (siehe die oben mitgeteilten Entschlüsse). Doch hin oder her, warum sollen wir unsere Phantasie nicht mal etwas spazieren führen? Denken wir uns a. B. folgende „Gründe“:

Erstens: hätte man die Stempelung der geschlossenen Mitglieder-Versammlungen zu „öffentlich“ in Halle beibehalten und als „Recht“ durchgesetzt, so mühten die Versammlungen aller größeren politischen Vereine überwachet worden. Das hätte einen Umsturz des ganzen Gebüdes gegeben. Denn nirgends überwachet die Polizei geschlossene Mitglieder-Versammlungen, trotzdem wir Parteivereine mit 2000 Mitgliedern haben — weil sie es nicht darf. Für diese Konsequenzmaßnahme ersuchen dem herrschenden Regierungsbüro die Zeit nicht günstig.

Zweitens: im Reichstage ist der Herr Staatsminister bei der letzten sozialdemokratischen Interpellation über die scheinliche Mißhandlung des Vereinsrechts arg mitgenommen worden, das heißt natürlich seine untergeordneten Behörden. Und unser Genosse A. B. hat nicht schloß mit der Halleschen Polizei abgeredet — ja! in dieser Sache! Das wollen wir nicht vergessen. Deshalb... wer weiß...?

Drittens: eine fatale Geschichte kam hinzu. Die Genossen Partei und Werdig hatten am 5. Oktober der ungesetzlichen Versammlungsauflösung keine Folge gegeben. Auforderung, Verhaftung, Strafmandat! Doch halt — eins und zwei wurden prompt erfüllt. Aber das dritte, das Strafmandat, kam nicht! Denn weder es auf die beiden (übrigens notorischen!) Uebertreter Logelesen worden, so hätten sie Miberdruck ertragen und dann Verurteilung bei der Strafammer eingeleitet. So wäre denn der ganze Haß endlich einmal vor die ordentlichen Gerichte gekommen. Das Gericht hätte aber unbedingt feststellen müssen, daß die Versammlung eine geschlossene Mitglieder-Versammlung gewesen sei, weshalb die Polizei zu Unrecht — na und so weiter. Kurz: zu diesem Zusammenbruch der Ueberwachungsstrategie ist es nicht erst gekommen.

Viertens: — doch die weiteren Gründe behält die Phantasie für sich. Es ist Wahrscheinlichkeit... und wir haben anderes zu tun. Die Hallesche Sozialdemokratie hat an diesem Kampfe um Recht und Gesetz viel erlebt gelernt. Sie steht bereit, daß nur bei Härte, Härte und Konsequenz des Kampfes die Ueberwachung der Polizei erfolgreich sein kann. Sie ersehnt in Ihnen ersperrigen Ringen überdies Herz im Reinen, daß das Denken und

keiten sehr wohl einmal weichen kann! Für die Einzelheit steht seine Kraft gesammelt! Diese bedeutsame Erklärung stärkt die Kampfkraft der Arbeiterklasse.

Und das ist notwendig, bitter notwendig. Denn wer etwa glaubt, die Halle'sche Sozialdemokratie werde nun mit demnächstigen Geschicklichkeit, der wird sich täuschen! Wohl hat die Polizei mit ihren großen Aktionen gegen und Niederlage auf Niederlage erkitten, und es ist unsere Pflicht, das den Arbeitermassen nachdrücklich klar zu machen. Die Polizei mußte sich die beständige Ueberwachung der gewerkschaftlichen Mitglieder-Veranstaltungen als ungeschicklich vom Oberverwaltungsgericht befähigen lassen; die Polizei mußte aufsehen, wie die gewaltige und furchtbare Aktion gegen den Jugendtag sogar von Orléans in Nürnberg als ungeschicklich festgestellt wurde; der Polizei mußte die Verhaftung eines Reichstagsmitgliedes des Reichstages und das ihr folgende ungeheuerlich hohe Strafmandat als ungeschicklich vom Gericht nachgewiesen werden — und endlich muß der Polizei sogar ihr vorgelegter Regierungsspruch, der ihre Verhaftungsaussagen bisher deckte, die Ungeschicklichkeit ihres Vorgehens gegen unsere Verhaftungen bezeugen.

Das sind furchtbare Niederlagen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Aber die Sozialdemokratie hat keinerlei Ärschläge am Trostlosenden. Denn geändert hat sich im Grunde genommen gar nichts! Die Gesetze sind dieselben geblieben, nur ihre Anwendung gegen die Sozialdemokratie ist vor der Hand in einigen Punkten vorgebeugelt. Das kann aber jeden Augenblick wieder fortgelassen werden! So wie vor einem Jahre alle Regierungssitzungen die Verhaftungsbefugnisse und „Ausföhrungen für auswendig berechnigt“ erklärten, so kann der heutige Wind nach einem Jahre wieder völlig die alte Bahn pfeifen. Die Sozialdemokratie weiß, daß die Macht das Recht formuliert und daß die Macht über die Rechtsanwendung bestimmt. Nur in dem Maße, wie die Sozialdemokratie die Macht gewinnt, gewinnt sie auch den Einfluß auf die Rechtsanwendung.

Der Kampf geht also weiter. Und nach den Reichstagswahlen fängt er erst richtig an. Denn wir hoffen, daß der neue und oppositionell geminte Reichstag lebhaftere Entscheidungskämpfe zwischen den ringenden Mächten vorbereiten wird. Ueberdies stehen wir nach den Wahlen unaußersichtlich vor der Erwerbung des gleichen Wahlrechtes in Preußen — eine verdammt gewaltige Aufgabe, von der Webel sagte, sie wird Schweiß kosten und vielleicht noch mehr! Der berufene Schützer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der Wahlrechtsprivilegien der Reichen ist aber die Polizei. Und vor der geschichtlichen Entwicklung beruhen neue gesellschaftliche Machtverhältnisse auf die Sozialdemokratie. Deshalb ist Kampf, verdammt aller Kampf, zwischen beiden historisch bedingte Notwendigkeit.

Die Halle'sche Sozialdemokratie hat unermüdlich zu rufen. Sie hat durch die langwierige Störung der Mitglieder-Versammlungen nichts verloren; sie wird aber das nunmehr wieder gesicherte unüberwachte Terrain voll auszunutzen haben zur planmäßigen Erziehung und Schulung aller Mitglieder zu klar bewussten, kampfbereiten und operativen Sozialdemokraten.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 22. Dezember 1911.

Waterlandlos!

Die französischen Vaterlandspatrioten stehen vor Wut auf dem Kopf und trampeln mit den Beinen, weil der Sozialdemokrat Jean Jaures in dem französischen Parlament die Politik der eigenen Regierung geißelt und für Deutschland eine revolutionäre Worte gesprochen hat. Man fühlt sich wie zu Hause, wenn man in Pariser Zeitungen jetzt liest, daß der Führer der französischen Sozialdemokratie ein Landesverräter, ein waterlandloser Geselle, ein Werkzeug des Auslandes sei, wüßte nicht in der französischen Kammer, fordern — im deutschen Reichstage zu sitzen. Ganz ähnliche Worte hat man ja jüngst auch in Deutschland gehört, als die Kreuzzeitung die Freiheit des Reiches, den Genossen Webel wegen seiner letzten friedensfreundlichen Rede als ein „Werkzeug Englands“ zu bezeichnen.

Nun würde es für den deutschen Reichstag sicher kein Schaden und keine Schande sein, wenn Jaures in seiner Wille sähe, und auch die Engländer, wenn er die „Werkzeuge“ wäre, sicher ganz zu beherrschenden können. Das Schicksal aber hat es gewollt, daß Jaures nicht als Deutscher, sondern als Franzose und Webel nicht als Engländer, sondern als Deutscher zur Welt gekommen ist. Jaures ist nicht das Werkzeug Deutschlands, Webel nicht das Werkzeug Englands, sondern sie sind beide Werkzeuge der internationalen Sozialdemokratie und, wie auch die Gegner zugeben müssen, keine Schlingen.

Jaures und Webel haben beide zum sozialistischen Male die Ehre gehabt, von den beschränkten Nationalisten ihres Landes beschimpft zu werden, weil sie im Interesse des Völkertums und des Völkertums ihre Pflicht taten, weil sie beide nicht der nationalistischen und geschichtlichen Theorie halber, bei internationalen Konflikten die Pflicht für jedermann, sich bindungslos hinter die eigene Regierung zu stellen. Beide werden von den Kriegsheerern und Chauvinisten ihres Vaterlandes gehaßt und geschnitten, haben sie ihnen doch als schon so oft das Geschick überhört.

Wie wäre es denn, wenn es nach dem Willen der Patrioten von hüben und drüben ginge. Dann müßten die beiden Völker jederzeit mit gespanntem Ohren dahinstehen, bereit, einander zuzuhören. Jeder noch so kleinliche Diplomatentafel würde im Nu zu einem blutigen Krieg führen. Diejenigen, die der Meinung sind, daß gar nicht bald und gar nicht oft genug gesunden und gesondert werden kann, haben also allen Grund, Webel und Jaures, der heutigen und der französischen Sozialdemokratie zu zürnen. Die ernsten aber, die den Krieg für eine Barbarei und den Frieden für ein lohnendes, sorgsam zu beachtendes Gut betrachten, haben nicht minder Grund, Webel und Jaures für den Mut und Dankbar zu sein, mit dem sie sich schon so oft der entsetzlichen Furie des Nationalismus entgegenstellten. Und sie werden für die Behauptung, daß die französischen wie die deutschen Sozialdemokraten waterlandlose Gesellen seien, nur ein verdächtigtes Aufgeblähen haben. Man hat die deutsche Sozialdemokratie waterlandlos gefunden, weil sie nicht wollte, daß die Völker Europas von dem diplomatischen Geiste des Herrn v. Bethmann-Hollweg in einen Weltkrieg für

nicht und wieder nicht vermeidet wurden. Man sieht jetzt die französische Sozialdemokratie waterlandlos, weil sie auf das Wasserzeichen Frankreichs in den öffentlichen Verhandlungen des letzten Sommers nachdrücklich aufmerksam gemacht hat. Man wird vielleicht auch verstehen, die Vertreter sozialdemokratischen Kammerreden den Berliner sozialdemokratischen Reichstagsreden entgegenzustellen, um zu zeigen, daß sich manche Dinge in der Darstellung der Franzosen etwas anders ausnehmen als in der der Deutschen. Das dem so ist, soll gar nicht bestritten werden, aber nicht ist selbstverständlich.

Die französischen Sozialdemokraten haben sich bemüht, die offizielle Haltung Deutschlands zu begreifen und zu entschuldigen. Sie haben das getan, weil gegenseitiges Entgegenkommen die erste Voraussetzung für die Annäherung freundschaftlicher Verhältnisse ist. Umgekehrt haben sich die deutschen Sozialdemokraten bemüht, dem französischen wie dem englischen Standpunkt gerecht zu werden, und sie taten das genau aus demselben Grunde. Wenn zwei Völker einander geräuen, gibt es gewöhnlich auf beiden Seiten Unrecht. Wer sie auseinanderbringen will, der wird sie auf ihr eigenes Unrecht und auf das Recht des anderen aufmerksam machen. Nur wer es darauf anlegt, sie auseinanderzuheben, wird sie in ihrer Haltung befehlen und zu noch größerer Wut aufstacheln.

Man denke einmal den Fall, daß Webel und Jaures die Rollen miteinander tauschten, daß Webel im Reichstage von Deutschlands Reich und Frankreichs Unrecht, Jaures in der Kammer von Frankreichs Unrecht und Deutschlands Unrecht spräche. Sofort würden die Kriegsbegehrten in Paris schreien: „Unser Recht ist so sonnenklar, daß selbst Jaures es anerkennen muß!“ Und die Kriegsbegehrten in Berlin würden antworten: „Selbst Webel gibt zu, daß Frankreich Unrecht hat — also las auf den Versteck!“ Und ehe man sich dessen versähe, würden die Kammer denornern.

Darum ist es schon besser, es bleibt wie es ist! Jaures, ein „waterlandloser“ Franzose, Webel ein „waterlandloser“ Deutscher! Sie und die beiden sozialdemokratischen Bruderparteien, die sie vertreten, werden es sich nicht nehmen lassen, jedesmal dasjenige zu bringen, wenn sich eine Kammer zu entwickeln droht, den eigenen Leuten zur Verwirrung zugehen und der eigenen Regierung für ihre Sünden den Kopf zu waschen. Wenn aber die bürgerlichen Agitatoren jetzt durch das Hand geben, um ihre hohlen Demonstrationen der waterlandlosen Sozialdemokratie zum besten zu geben, so werden alle vernünftigen Leute wissen, was sie davon zu halten haben. Die Sozialdemokratie aller Waterländer liebt ihr Vaterland viel zu sehr, als daß sie es den gierigen, brutalen Kriegsbegehren als wehrlose Beute überantworten wollten!

Der Wahltag.

Das Ankerblatt schließt am Donnerstag seine Darstellung des Reichstags ab, indem es feststellt, daß die Einnahmen an Zöllen und Steuern um 78 Millionen Mark höher veranschlagt sind, als im Vorjahre. Es werden also aus den Lebens- und Genussmitteln noch 78 Millionen Mark mehr herausgebracht werden. Die ordentlichen Ausgaben sind aber um 146,6 Millionen (darunter für das Heer 59 Millionen Mark) höher eingeplant. Der Restloß ist also fast allein alle neuen indirekten Steuereinnahmen.

Die Wähler sind in der Tat entsetzt über den neuen Etat!

Das kommende Zuchthausgesetz.

An der Tatsache ist nicht mehr zu zweifeln, daß dem neuen Reichstage eine neue Zuchthausvorlage ausgehen wird. Der sächsische Minister Wigum v. Schödlitz hat im sächsischen Landtag berichtet, daß er nach dieser Richtung hin vorerwähnt und wenn auch die sächsische Regierung erklären ließ, daß sie das Sozialistengesetz nicht antasten wolle, so ist ein solches Gesetz eben nicht zu machen, ohne daß die Koalitionsfreiheit eine Einschränkung erfährt. Sicher wird die neue Vorlage nicht den Namen Zuchthausgesetz führen, man wird sie bezeichnen als ein „Gesetz zum Schutz vor Terrorismus“. Der Name ist aber völlig gleichgültig, auf Zweck und Inhalt des Gesetzes kommt es an. Die Vorarbeiten sind auch bereits sehr weit gediehen. So hat man im preussischen Ministerium des Innern bereits ein Selbstbuch fertiggestellt, in dem das Material niedergelegt ist, das von Polizeibehörden und von den Scharfmachern geliefert wurde. Von diesem Selbstbuch hatte der sächsische Minister bestimmt Kenntnis, als er im „sächsischen Landtag mit so großer Sicherheit mitteilen konnte, daß die Gesetzgebung den Wünschen der Landesparlamenten und der nationalliberalen Scharfmacher Rechnung tragen werde. Das Selbstbuch, das vorläufig der Öffentlichkeit nicht unterbreitet, aber aus der Tatsache, daß es fertiggestellt ist, darf man schließen, daß das Gesetz dem Reichstage schon sehr bald vorgehen wird. Schweinburg befindet sich bereits:

„Für weite Schichten der Bevölkerung ist ein wirksamer staatlicher Schutz gegen die Bedrohung ihrer Freiheit durch sozialdemokratische Bedrückung eine unabdingbare Notwendigkeit.“

Die Hamburger Scharfmacher fordern das Zuchthausgesetz!

In der Mittheilung der Hamburger Bürgerchaft wurde von 71 Angehörigen der drei alten Fraktionen, dem berichtigten liberalen Wahlkreisabgeordneten, ein Antrag zur Verhandlung in einer der nächsten Sitzungen gestellt, dahingehend, der Hamburger Senat möge im Bundesrat auf eine Unterbrechung der von der sächsischen Regierung gestellten Anträge, betreffend den größeren Schutz der Arbeitswilligen, hinwirken. Die Sozialdemokraten begrüßten die Verlesung des Antrags mit lebhaften Zurufen und sagten, daß gerade diese Verlesung des liberalen Wahlkreisabgeordneten für den jetzigen Reichstagswahlkampf nachgeheißt hat. In einem solchen Antrag stellen diese württembergischen Arbeiter zu einer Zeit, wo die Hamburger Gerichte täglich durch harte Urteile gegen Arbeiter, die sich am Solbarteitstreik betheiligen haben, die Schärfe der bestehenden Gesetze den Streikenden sichtbar machen! In der Bürgerchaft selbst wird es bei Beratung des Antrags ein längeres geben, an dem die Scharfmacher keine Freude haben dürften. Uebrigens hat das württembergische der Arbeiterseinde das Gute, daß noch genügend Zeit vorhanden ist, den neuen Anschlag gegen das Koalitionsrecht abzuwehren und daß die Arbeitermassen aus dort, wo noch Unzufriedenheit herrscht, die Gefahr erkennen, die ihnen von einem reaktionären Reichstage droht. Denn je nach dem Ausfall der Wahlen wird der Bundesrat das gewünschte Zuchthausgesetz scharfer oder — noch scharfer beantragen.

Deutsches Reich.

— Die Reichstag. Aus der im vierten Vierteljahre der Staatlichkeit des Deutschen Reiches veröffentlichten amtlichen Uebersicht über die Schatzkassen und Reichskassen ergibt sich, daß der Auftrieb an Zöllen, Steuern, Zinsen und Einnahmen gegen das Vorjahr erheblich zugenommen hat (eine Zunahme gegen nur die Erträge von Häusern und Schweinen) —

100 des Budgetmangels, der angeblich zum Verkauf des Reiches nötig! — Entweder ist die Futternot doch nicht so arg, wie die Agrarier behaupten — Oder das Reich wird ins Ausland verkauft. Für die Minister aber gibt es bekanntlich weder Futter, noch Fleisch.

— Eine Neubewaffnung der Gendarmarie. Für den Dienstgebrauch der preussischen Gendarmarie ist eine neue Geschloßkammer (Kassette) 9 Millimeter Kaliber (No. 1011), die neueste Befestigung auf dem Gebiete der Geschloßkassette, zur Einführung gekommen. — Wenn man auf modernere Gewehrarten über den Gebrauch dieser Waffen gehen wollte. Der Jagowische Geschloßkassette besitzt, wie notwendig solche Bestimmungen sind.

— Antimperialistische Demonstration in Hamburg. Der Hamburger Senat hatte bei der Bürgerchaft die Bewilligung von 10 000 Mark für ein Denkmal des schon ganz vergessenen China-Weltmarktschalls Waldsee in Hannover beantragt, den Hamburg nach dem glänzenden Vorgefallenen zum Ehrenbürger, gleich Bismarck und Moltke, ernannt hätte. Ohne Debatte wurde der Antrag gegen nur fünf Stimmen abgelehnt. So verheißt politische Begeisterung und es bleibt nur der Ratungskammer. Aber man erinnert sich wohl, wie damals Hunderte Millionen ohne Bekräftigung des Reichstages verpulvert wurden und wie sich die vollstreckende Reichspolizei Deutschlands blamierte.

— Ein schieflinker Nationalliberaler. Wegen Auseinandersetzungen in einer bündelischen Verammlung hat nach der Niederb. Volkszeitung der nationalliberale Parteiführer Peters aus Köln den Vorsitzenden der Verammlung, Amtsgerichtspräsident Sprengel aus Wesel, gefordert. Sprengel habe die Forderung abgelehnt und der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet. Herr Sprengel hat recht getan, daß er die Forderung ablehnte, zumal sich politische Fragen nicht dem Revisor entscheiden lassen. Aber er hat mit seiner Ablehnung den Kommentar seiner eigenen Partei gehandelt, die bekanntlich das Duell verteidigt.

Russland.

Unerhörte Gefängnisstrafe! Die Greuel des Nigacz „Rufens“, einer politischen Folterkammer, wo zahlreiche politische Gefangene getötet oder zu Krüppeln geschlagen wurden, sind vor einigen Jahren der ganzen Welt bekannt geworden. Auch in der Duma wurden diese grauenhaften Zustände aufgedeckt, und die Regierung versuchte daran, den Folterungen Einhalt zu gebieten und den Oberbefehlshaber Gregus, der sich durch seine bestialische Grausamkeit herorthat, zu bestrafen. Seitdem wurden in der Tat die Folterungen seltener vorgenommen — vollkommen haben sie nach unserer Kenntnis nicht aufgehört — aber in der letzten Zeit, mit dem Wiederaufleben der Massenbewegung, ist der Oberbefehlshaber Gregus, jetzt Chef der Geheimpolizei, wieder in Aktion getreten. Wie unserem Parteibild Brada aus Niga geschrieben wird, ist eine Anzahl von Arbeitern, die unter dem Verdacht der „Emordierung“ eines Streikführers verhaftet wurden, von Gregus den furchtlichsten Folterungen ausgesetzt worden. Genau wie in den Jahren 1906 bis 1907, wurden die ohnmächtigen Gefolterten wieder ins Bewußtsein zurückgeführt und dann wieder gefoltert. Die Auslagen, die auf die Befreiung erzwungen worden sind, hienervon als Annulla materialia gegen die unglücklichen Gefangenen. Als wichtigstes Belastungsmaterial gegen sie dienen die Angaben, die sie über verborgene Waffen und illegale Schriften gemacht haben. In einem Falle fuhr Gregus mit dem halb verunglückten Gefangenen nach einer Wohnung, wo nach seinen Angaben eine Kiste mit Revolvern und Patronen „entdeckt“ wurde. „Es war — schreibt der Briefschreiber — ein grauenhafter Anblick, wie der Gefangene, der sich vor Schande laum auf den Knien halten konnte, dem zwei Schutzleute gehülft, mit fast unhörbarer Stimme dem Inhaber der Wohnung antwortete, die verborgenen Waffen aus dem Versteck zu holen.“

Soweit es sich bei diesen „Waffenfundern“ nicht um Revolutionen gehandelt hat, werden es wohl nur Waffen sein, die seit dem Revolutionsjahre verstreut geblieben waren. Auf Grund dieser Funde und der durch Folterungen erzwungene Selbstbezeugungen, die natürlich nicht wahr zu sein brauchen, werden nun eine ganze Anzahl von Arbeitern dem Galgen und der Starogang ausgeliefert werden. — Und ein solch infames Schandregiment ist nun ein Stück der „von Gott gewollten Ordnung!“

Carlel.

Dem Kriegsschauplatz wird über einen am 19. Dezember in der Oase bei Tripolis stattgefundenen Kampf von italienischer Seite gemeldet, daß bei dem heftigen Gefechte sechs Italiener getötet und 80 verwundet wurden. Die Verluste der türkischen Truppen sollen sehr bedeutend gewesen sein. So „beubeten“, daß die Italiener genötigt waren, sich wieder aus der Umgegend der Oase zurückzuziehen. Gegen die Auslösung des türkischen Parlaments sträubt sich der Sultan angeblich. Er soll dem Großvezir zu bestehen gegeben haben, ihn mit einem solchen Vorschlage fernzujubeln.

Perlien.

Die persische Regierung weicht nicht zurück. Das Kabinett, von dem man allgemein annimmt, daß es für ein Rakageben eines über den russischen Forderungen ist, trug einen großen Sieg über den Gegner davon. Die Sitzung des Reichstages würde von 8 Uhr abends bis Mitternacht. Endlich wurde ein Vorschlag Ruffen es Deutliche, eine Kommission von fünf Deputierten zu wählen, die sich mit dem russischen Ultimatum befassen, annehmen. Es scheint wenig zweifelhaft, daß die persische Regierung jetzt die russische Forderung, Schuster zu entlassen, erfüllt, wenn nicht die öffentliche Meinung sich aus ihr stark erwehrt.

Ein russisch-türkisches Gefecht soll sich, wie aus London gemeldet wird, in der Nähe von Chio abgebehalten haben. Nach einem mehrstündigen Feuergefecht hätten sich Tuzen wie Russen in ihre ursprünglichen Stellungen zurückgezogen. Auf türkischer Seite sei ein Mann gefallen, mehrere seien verwundet worden. Die Russen hätten auch Lote gehabt. — Eine Bestätigung dieser Meldung steht noch aus.

China.

Die Friedensverhandlungen haben eine Unterbrechung erfahren. Wutgang hat den Standpunkt vertreten, daß die Republik die einzige mögliche Grundlage zu einer Verständigung sei. Tanghaoyi erklärte, er könne nicht eine Frage von so hoher Wichtigkeit beantworten, sondern müsse darüber nach Peking berichten. Der Waffenstillstand ist infolgedessen um eine Woche, vom 24. Dezember an, verlängert worden. Der Korrespondent des Daily Telegraph in Schanghai hat eine Unterbrechung mit dem Reichsminister-Verhandlung der republikanischen Regierung beantragt. Er erklärte, keine Partei werde ein unbedingtes Kompromiß annehmen. „Das Volk“ fuhr er fort, „ist einmütig entschlossen, keine Monarchie, jedoch nicht unter einer Monarchie“

partei annehmen, und wird alle anderen Bedingungen als die ursprüngliche niedergelegten verwerfen. Die Republikaner sind bereit, alle Wahlbedingungen ausreichen zu versorgen. Sollte aber der Kaiser versuchen, um seinen Thron zu kämpfen, so werde die Lage für ihn um so schlimmer werden. Die ganze Nation werde ihn. Wenn aber einmal die Wahlbedingungen gefallen ist, würden Republikaner sehr gern bereit, zum Wohl der ersten Präsidentschaft der Republik anzutreten; nur müsse er sich bald entscheiden, sonst wird es zu spät. Seine Delegierten seien abgelehnt worden, um Unterstützung unter die Führer der Republik zu sein. Jeder Versuch, eine fremde Intervention herbeizuführen, würde die Lage nur schlimmer gestalten."

Aus der Partei.

Sozialdemokratischer Vorwärt.

Der erste Sozialdemokrat im Brandenburgischen Provinzialparlament. Die Charlottenburger Stadterordneten-Versammlung hatte Mittwoch die Wahl von Provinzialparlament-Abgeordneten vorzunehmen. Hierbei wurde Genosse Dr. Bruno Wenzel einstimmig zum Magistrat und von den Stadterordneten gewählt. Damit stellt der erste Sozialdemokrat in den brandenburgischen Provinzialparlamenten ein.

Ein Sozialdemokrat als Gerichtsvorsteher. Aus Ludwigschafen melden bürgerliche Nachrichtenbureau: Der Stadtrat von Brantenhal hatte vor einiger Zeit den Sozialdemokraten Ackermann zum stellvertretenden Vorsitzenden des Kaufmannsgerichtes gewählt. Die Regierung der Pfalz hat jetzt diese Wahl bestätigt. Es ist dies wohl der erste Fall in Deutschland, daß ein Sozialdemokrat das Amt eines Gerichtsvorstehenden ausübt.

Gewerkschaftliches.

Zur Zigarbeiter-Aussperrung.

In der Absicht, unter den ausgesperrten Bevölkerung hervorzurufen und sie der Unterstützung der deutschen Arbeiter zu berauben, wird das Gericht ausgesprochen, daß in diesen Orten die Aussperrung zur Arbeit zurückgeführt seien. Diesen Urteilen gegenüber sei festgestellt, daß die Aussperrten an keinem Orte in die Betriebe gelaufen sind und noch gerade so geschlossen und einmütig im Widerstand stehen wie am ersten Tage. Die Haltung der Aussperrten in den mehr als 100 Ortschaften des westfälischen Industriegebietes und in Bremen, Hamburg und Umgebung ist eine musterhafte.

Die eingeleiteten partiellen Verhandlungen haben sich jetzt noch zu keinem brauchbaren Resultat für die Arbeiter geführt. Die Aussperrung dauert fort. Zugang von Zigarrenfabrikanten und Zigarrenmachern nach den Aussperrungsgebieten und Annahme von Arbeit bei den von der Aussperrung betroffenen Zigarrenfirmen in anderen Gebieten wollen man unterlassen.

Die Unternehmer im Steinlegergewerbe rufen zum Kampfe. Der Arbeitgeber-Verband für das Steinlegergewerbe, der im letzten Jahre ganz erheblich Fortschritte gemacht hat, will unter keinen Umständen in der Befähigung der Arbeiter hinter

seinem großen Bruder im Baugewerbe zurückbleiben. So hat auch er die Parole ausgegeben, für alle Tarifverträge das Datum des 31. Dezember 1918 oder 31. März 1919 als Ablaufsdatum festzusetzen. Von allen Seiten werden deshalb, soweit es irgend angeht, die laufenden Tarifverträge von den Unternehmern gefündigt, eine Erscheinung, die im Steinlegergewerbe neu ist.

Es ist auch mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß schon das Frühjahr 1919 eine große Kämpfe bringt; denn die Interimsgewerkschaft befolgt offenbar die Taktik — das haben die Kämpfe des vergangenen Jahres gelehrt — die Organisation der Arbeiter in jedem Falle, der sich bietet, schon vor dem Jahre 1918 in langwierige und opfervolle Kämpfe zu verwickeln, um sie so zu schwächen. Die Unternehmer hoffen gewiß, auf diese Weise die Entscheidungsschlacht im Jahre 1918 dann um so leichter schlagen zu können. Sie jetzt hat die Taktik der Unternehmer allerdings nur den Erfolg gehabt, die Organisation der Arbeiter zu kräftigen.

Streiknarren in Schottland.

Aus London schreibt man uns: In Dundee, einer der größten Städte Schottlands, haben sich Mittwoch Szenen abgespielt, die lebhaft an die Streikämpfe des letzten Sommers erinnern. Der Anlaß dazu gab ein Streik der Fuhrleute und Doder. Die Fuhrleute forderten einen Minimallohn von 23 Schilling die Woche, die Doder die Erhöhung ihres Stundenlohnes von 8 auf 9 Pence. Die privaten Firmen haben diese Forderungen nicht übermäßig anerkennend, fast ausnahmslos abgelehnt, aber die Eisenbahngesellschaften spielen wieder einmal die Schlichter. Am vergangenen Montag etwa 2000 Arbeiter in den Streik, was die Folge hatte, daß der ganze Verkehr fast lahmgelegt war. Die Unternehmer ließen sich darauf eine Anzahl Streikbrecher aus Edinburgh und Glasgow holen, was die unermessliche Folge hatte, die Gemüter der streikenden Arbeiter aufs höchste zu erregen. Die Streikenden sollen angeblich einige von Streikbrechern getriebene Gefährte aufgehalten haben. Die Unternehmer gingen sofort zum Lord Provost (Oberbürgermeister) und bewegten ihn dazu, dem Kriegsminister telegraphisch Befragungen von Polizei und Soldaten zu verlangen. Dieser war dazu sofort bereit, in wenigen Stunden waren 300 Soldaten aus Edinburgh angelangt, mit dem Ergebnis, daß es noch am selben Tage zu blutigen Zusammenstößen kam, bei denen eine ganze Anzahl von Streikenden und ein Kind verwundet wurden. Am besten kennzeichnet die Lage ein Telegramm, das das Streikkomitee, dem auch Tom Mann angehört, an den Minister des Innern, den Kriegsminister und den Abgeordneten von Dundee und jetzigen Flottenminister Churchill gerichtet hat. Es lautet: Die Transportarbeiter von Dundee protestieren nachdrücklich gegen das verlogene und läuzende Telegramm des Lord Provost über den Streik. Alle Streikenden sind unter vollständiger Kontrolle, und die Gegenwart des Militärs ist nur darauf berechnet, Unruhen zu stiften. Das Streikkomitee garantiert vollständige Ordnung, wenn das Militär zurückgezogen wird. Außerdem hat auch die Gewerkschaft der Fuhr- und Zigarbeiter von Dundee eine Depesche an dieselben Minister geschickt, worin sie gegen die Gegenwart der Kruppen protestieren.

Durch den Streik sind die Kohlenzufuhr fast vollständig, was schon jetzt die Folge hatte, daß eine Anzahl Fabriken schließen

mußten. Die betreffenden Arbeiter haben sich den Streikenden angeschlossen. Auch die Nahrungsmittelzufuhr lüdt.

Illerlei.

Sturmweetter.

In ganz Belgien wird seit gestern ein furchtbarer Sturm, begleitet von heftigem Regen. In Brüssel und in der Umgebung sind mehrere Wohnhäuser eingestürzt. Besonders großen Schaden richtete der Sturm am Strand an. Sechs Fischerboote sind auf den Grund gelaufen, von anderen überflügten Booten ist man ohne Nachricht. Im Hafen von Antwerpen sind durch den Sturm zwei Reichter von ihren Ankern gerissen worden und mußten auf Grund gesetzt werden, um nicht andere Fahrzeuge zu gefährden. Die englische Bark Janie, nach Antwerpen unterwegs, ist auf Grund gelaufen und befindet sich in kritischer Lage.

Ueber London und andere Teile Englands sind so große Regenmassen niedergegangen, daß die Themse und andere Flüsse stark geschwollen sind und Wasserlauf brach. In Stridale, Norfolk, Suffolk und Essex ließen bereits viele Straßen Landes und Wasser. Bei Reholen im Westfall in Wales brach der Flußboom, und das eisenbetonte Element ergab sich mit großer Gewalt in die Straßen der Stadt; Männer und Frauen flohen vor den Fluten und nahmen die Kinder auf ihre Schultern. Aus verschiedenen anderen Landteilen wird von der Verödung von Brücken und Wasserläufen berichtet. Auch die Themse ist in ihrem Unterlauf bereits über die Ufer getreten und steigt immer noch.

Paris, 22. Dezember. Seit vielen Stunden wütet im Schwarzwald ein orkanartiger Sturm, der im Hochwald schon großen Schaden angerichtet hat. Infolge der starken Regengüsse sind die Bäche hoch angeschwollen.

Ein fideles Gefängnis.

In der Strafanstalt von Capo d'Uria in Triest haben sich Durchstreichen ereignet, die zur sofortigen Entlassung des Direktors führten. Die Untersuchung ergab, daß eine Gruppe von Sträflingen im Einverständnis mit den Wächtern alle möglichen Einbruchswerkzeuge in die Anstalt eingeschmuggelt hatten, um die Anstaltskasse zu erbrechen. Eine andere Gruppe von Sträflingen hatte eine Anzahl ungewerkelt eingekerkert. Ferner wurde festgestellt, daß mehrere Wächter sich zu den Familien der Sträflinge begaben, von ihnen Geld forderten und den Sträflingen die von ihnen angefertigten Sachen weg. Viele Wächter wurden wegen dieser Ungehörigkeiten in Disziplinaruntersuchung gezogen und entlassen.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Partei-nachrichten Paul Sennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Carl Bod, Lokales Wilhelm Koenen, Provinzielles und Versammlungsberichte Gottl. Kaspereit, sämtlich in Halle.

Halle Sied Bedarf an Waren u. Geldwaren zum bevorstehenden Weihnachtsfest, so werden Sie benachteiligt bei der als billig und recht bekannten Firma **Grosse Ulrichstr. 55. Max Bernhardt, Herbergrabenstr. 164.**

Ein ernstes Wort an alle Hausfrauen!

Ernste, teure Zeiten, wie sie in den letzten Jahren vorherrschen und sich jetzt besonders bemerkbar machen, legen einer jeden Hausfrau die strenge Pflicht auf, recht sparsam mit ihren Barmitteln umzugehen und nur das zu kaufen was wirklich nötig ist.

Rechnende Hausfrauen halten es deshalb für besonders vorteilhaft, nur in solchen Geschäften zu kaufen, in denen sie von vornherein wissen, daß sie solide Waren preiswert einkaufen. Solche Geschäfte aller Branchen sind bekanntlich in den Reihen des Rabatt-Spar-Vereins Halle a. S. vertreten.

Die ca. 1200 Geschäfte des Rabatt-Spar-Vereins Halle a. S. halten es für ihre ernste Pflicht, jedem Käufer ohne Unterschied solide Ware bei billigsten Tagespreisen abzugeben, und als Anerkennung für Barzahlung

5 Prozent Rabatt in Sparmarken des Vereins

zu gewähren.

Die Vorteile, die somit durch den Rabatt-Spar-Verein Halle a. S. geboten werden, sollten jeden Käufer in seinem eigenen Interesse veranlassen, alle Einkäufe in den Geschäften des

Rabatt-Spar-Vereins Halle a. S.

zu besorgen.

Wollten einige Offiziere betreiben haben. Der Reichsrat
betritt mit aller Entschiedenheit, der Täter gegen zu
sein. Nicht er habe Arbeitswilligkeit bezeugt, sondern
er sei von Arbeitswilligen bestraft worden. Nach den
Ergebnissen der Verhandlungen hat das Gericht jedoch den
Verurteilten als den Täter an und beurteilt ihn zu zwei Jahren
Gefängnis.

• **Von der Reichsgerichts-Verordnungs-Kommission** am nächsten
Schlachten und Viehhöfe wurden am Montag, den 18. Dezember
1911, folgende Preisverträge festgestellt: Es wurden bezahlt
für 50 kg Fleischgewicht für Ochsen: Schlachter Preis 71,
Händler Preis 68, Metzger Preis 70 Mt.; für Lämmer: Schlachter
Preis 71, niedriger Preis 65, Metzger Preis 69 Mt.; für Ferkel:
Schlachter Preis 63, niedriger Preis 50 Mt.; für Sauglamm:
Schlachter Preis 74, niedriger Preis 67, Metzger Preis 71 Mt.;
für Lamm und Wollschaf: Schlachter Preis 72 Mt.; für Schaf:
Schlachter Preis 65, niedriger Preis 57, Metzger Preis 63 Mt.;
für Schweine: Schlachter Preis 64, niedriger Preis 54, Metzger
Preis 62 Mt. Bei den Schweinen vertritt sich der Käufer auf
60 kg Schlachtgewicht. (Genossen und bezahlt werden nur die
beiden Körperhälften, einschließlich des Schwanzes unter unent-
geltlicher Zugabe des sogenannten Kramers: Weislinge, Knochen,
Horn, Mittel und Blut.)

• **Reine öffentlichen Angelegenheiten** am 24. und 25. Dezember.
Durch eine Bekanntmachung wird daran erinnert, daß nach
§ 12, Abs. 3 und 4 der Polizeiverordnung über die äußere Ge-
haltigkeit der Sonne und Feiertage am 1. Weihnachtsfeiertage
die Veranstaltung von öffentlichen Tanzveranstaltungen und
Wägen, Schaufstellungen und Musikführungen in Einzel-
häusern verboten ist. Ebenso ist verboten die Veranstaltung von
öffentlichen Tanzveranstaltungen und Wägen am Vorabend des
genannten Feiertags. Wiederholungen werden mit Geld-
strafe bis zu 60 Mark bestraft.

• **Hier Trauerfeier** des bei den Weihnachtsfesten ist auf den hiesigen
Bühnen besondere Beachtung vorgelassen. Zur Anmeldung von
Gedächtnisreden sind die Stabsämter am 26. Dezember
1911 (1. Weihnachtsfeiertag), 26. Dezember 1911 (2. Weich-
nachtsfeiertag) vormittags von 9 bis 9 1/2 Uhr geöffnet. Zur
Anmeldung von Begründungen ist das Bureau 8,
Rathausstraße 19, III. Zimmer Nr. 64, am Montag, den 25. De-
zember, und Dienstag, den 26. Dezember 1911, vormittags von
9 bis 10 Uhr geöffnet.

• **Stadttheater.** Aufführungen des Weihnachtsmärchens
Kotzen finden am Sonnabend, den 23., 3/4 Uhr, Sonntag, den
24., 2 Uhr, Mittwoch, den 27. Donnerstag, den 28. und Freitag,
den 29. c. statt. Sonnabend und Sonntag am letzten Male das
Lustspiel Der Königsliebkind von Gustav Geibler. Am 1. Feiertag
geht nachmittags 3/4 Uhr die Operette Das Nixenmärchen
in Szene, abends 7 1/2 Uhr, in neuer Fassung Die Nixen-
fabrik von Rich. Strauß. Am 2. Feiertag, nachmittags 3/4 Uhr,
Der Komiker von Schöner, abends 7 1/2 Uhr, am ersten Male die
Operette Die Nixenfabrik von Rich. Strauß. Die Komposition
von Die feine Susanne und Romische Wäldchen. Diese
Vorstellung findet bei vollständiger Aufhebung des Abonnements
statt. Mittwoch abend wird Oberon in der neuen, prächtigen Ausstattung
nach dem Mäler der Bühnenmeister Schöner, Donnerstag Glauco
und Deimat, das erfolgreichste Schauspiel der vergangenen Spiel-
zeit, wiederholt. Freitag abend Der Rosenkavalier.

• **Ammerhof und Amgen.** Die Zeitungskommission
besteht aus folgenden Genossen: Ammerhof: Genosse
Franz Prange jun.; Wesen: Genosse Emil Schöler; Radewitz:
Genosse Theodor Becken; Wisniewski: 1. Ammerhof; Genosse
Ernst Gebbe; Böhme: 19. Die Beschlüsse über das
Wahlrecht sind bei diesen Genossen vorzubringen. Die Distriktsleitung.

• **Wahlrecht und Amgen.** Die Mitglieder des Sozial-
demokratischen Vereins halten morgen abend um
8 Uhr bei Köhler eine Distriktsversammlung ab. Zahlreiche Er-
scheiner sind nötig.

• **Wahlrecht.** Am Lokalkampf. Die Wähler der von der
Reichsregierung geleiteten Sozialistischen Parteien und Wähler
sind nach nicht zu bewegen, ihren Saal zu Versammlungen frei-
zugeben. Sogar zu einem Vergnügen des Arbeitergelanges
wird der Saal verweigert. Zum bevorstehenden Weich-
nachtsfest sind von Arbeitern in diesen Lokalen Ver-
einigungen arrangiert. Wir fordern die denkenden Arbeiter
auf, den Streik den Saal nicht zu geben. Auch etwa zum
Fest nach hier kommende Genossen müssen dieses beachten.
Unser Verkehrslokal ist nur die Gute Kasse.

• **Wahlrecht.** Stadtverordneten-Vereinigung. Der Ueber-
nahme der im Stadtbezirk beizulassen Provinzial- und Kreis-
räten wird zugestimmt. Ein Antrag zur Friedhofsanordnung
wurde genehmigt. Die Anstellung eines Schreiers als öffentl.
Beauftragter an der hiesigen Schule wurde beschlossen. Die Stadt-
verordneten-Ergänzungsstellen wurden, da kein Einpruch vor-
lag, für gültig erklärt. Ueberflüssige hiesige Gelder sollen
beim Bauinstitut des Reiches Schmelz angelegt werden, da die
Verzinsung höher ist. Der Buchhalter Kowal hat den Mantel
an einer Einkommensgrenze. Er fordert 12 Mark. Sie
werden ihm bewilligt, doch ist der Mantel eingezogen werden.
Der Fuhrmann 26. Punkte glaubt bei der Aufsicht von Schutt

beim Fliesen benachteiligt zu sein und demnach noch 17
Mark. Er ist in erster Instanz abgewiesen, will jedoch
weiter klagen. Sodann erfolgte die Abnahme der Kammere-
rechnungen für 1910. Die Haushaltspläne für das Rechnungsjahr
1912 wurden gegen die Stimmen unserer Genossen angenom-
men.

• **Wahlrecht.** Die die Weisung arbeiten. Die Land-
am Mittwoch, den 20. Dezember, nachmittags 4 Uhr, eine Ver-
sammlung statt, in der Bezirg Schöner sprach. Die Arbeiter
der Haderfabrik, sowie die auf den Bauerngütern beschäftigten
Arbeiter ertheilten seine freie. Die Wähler aber, die an der Ver-
sammlung nicht teilnahmen und die Gefahr in die Wälder
vornehmen wollten, konnten das nicht, da während der Zeit das
Vorstübureau, wo die Listen aufliegen, verschlossen war.

Stadt-Theater.

• **Kammere.** Oper von Richard Wagner. Das der Kam-
mer zum zweiten Male als Probeessen aufgeführt wurde,
erfolgte nach der nächsten vorigen. Die Führung wie eine Art
Reinigungsversuch. Doch erobert sich die geistige Leistung nicht
viel über den Niveau der vorhergehenden. Wenn ein eigen-
licher Stil nicht herauskommen konnte, so ist das nicht auf das
Fehlen des leitenden Dirigenten, Herrn Kapellmeisters Ernst
Roch noch von seiner Oberhand zu legen. Der Knack beruhte
sich das Ganze wie die Details zur Geltung zu bringen, stellen-
weise etwas vorzüglich, so das schleppende Tempo zuhause
kamen. Doch gegen die Intonation des Dirigenten von
seinem aufschreienden Empfinden, besonders in den selbständigen
Orchesterstellen, Erlebnismomente waren an die richtigen
Stellen gelegt, die Wirkung der Orchesterarbeit war verständlich
abgehoben. In den Gesamtpartien machte sich jedoch an man-
chen Stellen eine zu lockere Interpretation bemerkbar, so
kamen die Harmonien im Eingangsstück aus dem Tempo, aus-
bäte Herr Knack häufiger die Einfälle für die einzelnen Stim-
men markieren müssen. Ein großer Teil der Schuld liegt aber
am Chor selbst, der gestern einen sehr verarmten Tag hatte
und seine Sünden durchaus nicht in Demut kühlte.

• **Der Gattin.** Die Feste von Gattin. Die Feste in Bern
geheiratete die Feste von Gattin. Eine feierliche Erfindung, über-
haupt äußerlich beruhigend wie sein Vorgänger. Schade um
das reiche Stimmaterial, das durch falsche Gestaltung nicht zur
freien Entfaltung gekommen ist. Der Sänger lang die ganze
Partie hinten im Saal, nur die letzte gelungenen Zeile auf
den hellen Seiten waren tragfähig. Durch verfehlten
Stimmfüh kommt eine gepreßte Longe auf, die melo-
dische Phrasen wird durch Anklänge unterbrochen, falsche
Phrasierung ist die Folge — alles Dinge, die wir von einem
Sänger, der den Hauptausgangspunkt der ersten Oper in der
kommenden Saison bilden soll, nicht wünschen. Was der vorige
geleitete Kammer am Spiel zum Aufzug, gab Herr
Krause zu wenig. Er überzeigte nicht von Kammermusik-Kün-
stler. Stillsicht vertritt sich aus dem Verweise ein Feld an
unser Bühne, der die goldene Mittelstraße der mimischen
Kunst entdeckt hat. Wer er muß auch so liegen können, daß er
vor einem fremden Publikum sich behaupten kann.

• **Günstig disponiert** von Franz Schwarz als Landgraf.
In der Kreide an die Sänger verlorde ihn die Entfaltung
seiner mächtigen Stimmkraft so sehr, so daß er das ursprüng-
liche Ethos der vornehmen Rede verlor und sich zu heftig gab.
Die Darstellung der Wagnerischen Gestalten verlor ein hebes-
wolltes Schwann der Form, und wenn bessere Vorgesang-
führungen an unserer Bühne aufstehen können sollen, so muß
von diesem Punkte ausgegangen werden. JII.

Aus der Provinz.

Gewitter und Verformungsverordnung.

• **It ist drohendes Gewitter** ein Lokal mit Bezug auf land-
wirtschaftliche Arbeiten? Diese Frage hatte das Kammer-
gericht zu entscheiden. Die für die Provinz Sachsen unter
dem 27. Oktober 1905 erlassene Verordnung über die äußere
Feiertagsordnung der Sonne und Feiertage verbietet, wie die in
allen preussischen Provinzen erlassenen gleichartigen Verord-
nungen, an Sonn- und Feiertagen alle öffentlich bemerkbaren
Arbeiten, unter Zulassung gewisser Ausnahmen. Ausnahms-
weise zugelassen werden u. a. Arbeiten, die in Notfällen,
wie bei Feuers- und Wassergefahr und dergleichen oder im
öffentlichen Interesse unverzüglich vorgenommen werden
müssen. Außerdem wird es, solange die unter nachge-
lassenen, während gewisser Sonntagsstunden mit ihren Ange-
hörigen Arbeiten vorzunehmen, die der Bestellung und War-
tung ihrer Felder dienen.

• **Wegen Uebertretung** der Verordnung war der Landwirt
Kreft aus der Gegend von Magdeburg angeklagt worden,
weil er am Sonntag, als ein Gewitter drohte, die schon
auf dem Felde in Stadel stehende Ernte eingefahren hat.
Das Landgericht in Magdeburg als Berufungsinstanz ver-
urteilte ihn zu einer Geldstrafe und führte aus: Zu den

„Heinen Deuten“ im Sinne dieser Verordnungen könne es nicht
gerachtet werden, da er 9 Morgen Eigentum und dazu noch
9 Morgen Wäldchen habe, sowie ein eigenes Wohnhaus besitze
und mit seinem Stiefsohn als Koch und einer Dienstmagd
wirtschaftet. — Es könnte höchstens in Frage kommen, ob in
Notfall vorgelegen habe. Es sei ja richtig, daß ein Gewitter,
namentlich ein solches nach langer Dürre, großen Schaden dro-
hen lassen könne. Das Gericht meinte aber, daß das Drohen
eines Gewitters noch nicht als Notfall im Sinne jener Ver-
ordnungen angesehen werden könne. Somit mußte das Ver-
weilen eines Kessels beinhalten werden und Angeklagter sei zu
bestrafen. — Der Angeklagte legte Revision ein und
machte geltend, daß der Wäld, wenn das Wetter herausgekommen
wäre, doch die Ernte vernichten hätte können. Ebenso sei
Angeklagter zu bestrafen gewesen. Und noch größeren Schaden
hätte der Sturm anrichten können.

• **Das Kammergericht** hob das Urteil auf und be-
wies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entfcheidung
an die Provinz zurück. Begründend wurde ausgeführt:
Unter einem Notfall seien plötzlich eintretende, nicht vorher-
gesehene Ereignisse zu verstehen, die sofortige menschliche Tätig-
keit erfordern. Die Entscheidung des Kammergerichts
sei nicht richtig, da es davon ausgeht, daß ein
Gewitter niemals bei vorliegendem Zustand ein Notfall sein
kann. Auf landwirtschaftliche Kenntnisse
bezogen, treffe die Auffassung nicht zu. Ein
Gewitter könne gerade hier immer Wälders- und Feuersgefahr
mit sich bringen. Es müsse deshalb geprüft werden, ob im
vorliegenden Falle ein unmittelbar drohendes Ge-
witter am Himmel stand. Wenn das der Fall gewesen sei,
dann habe ein Notfall vorgelegen.

Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz.

• **Die Kreise des Wahlkreises**
Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz.
Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz.
Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz.

• **Den „Vorwärts“** den Weg gewiesen

• **hat am Dienstag** abend in einer liberalen Versammlung
in Schmiedeburg unter Vorsitz von Gen. Silberbrant
Raab einen Referat über die Schriftsteller Brandt-Berlin
wurde mitgeteilt, daß die Redezeit 10 Minuten betragen solle.
Genosse Silberbrant machte darauf aufmerksam, daß die Ein-
ladung doch freie Aussprache beziehe und forderte be-
wegen unbeschränkte Redezeit. Endlich wurde ihm eine Viertel-
stunde bewilligt. In der Redezeit sprach er nun einen Satz
in dem freiständigen Flugblatt, der besagt, daß der Libe-
ralismus für eine sofortige Wäldfassung aller
Hölle und Riebsgaben nicht zu haben wäre, son-
dern nur Schritt für Schritt, hübsch langsam (echt liberal)
eine Ermäßigung der Hölle herbeiführen will. In scharfen
Worten geißelte Genosse Silberbrant dann das Schreiben des
Liberalismus, seine Wäldstand an der Steuerlast durch seine
Politik. Dadurch, daß er es der Reaktion 1907 ermöglichte,
die Wäldzeit zu erlangen. Die geistigen Schäden betraf die
Forderung der Wäldzeit an die Sozialisten beim Referat
vorhanden, wurde unser Genosse von Wäldern erinnert,
daß seine Redezeit abgelaufen sei, aber er könne nachher noch
einmal eine Viertelstunde sprechen. Gen. Silberbrant ging
darauf nicht ein, forderte unbeschränkte Redezeit, und da
dies nicht geschäht wurde, verließ er die Versammlung. Ein
Lokal ist für uns in Schmiedeburg nicht zu haben und müssen
wir deshalb dem Gegner dort angreifen, wo wir ihn finden.
Die Konfessionen lassen uns gar nicht mehr heran, und nun
zeigt sich jetzt der Liberalismus so „liberal“ und macht eine
Rede unmöglich. Denn man kann unmöglich dem Liberalis-
mus in einer Viertelstunde nur seine hauptsächlichsten Sünden
während der letzten Reichstagsperiode vorhalten. Dazu gehört
doch schon eine immense Zeit. Der Hauptpunkt ist der, der
Liberalen befürchtet, die Sozialdemokratie drängt ihn aus der
Stellung und deshalb die Angst.

• **In der nächsten Zeit** veranstaltet unsere Partei in
Schmiedeburg unter freiem Himmel eine Versammlung
und sind hierzu alle Wähler unter Garantie der un-
beschränkten Redezeit eingeladen.

• **Wittenberg.** Ein Fach-Zusthaus für eine Garbe
Naggen bekam in der letzten Strafkammerung der Arbeiter
Johann Jenkel aus Janna. Er stahl den Kragen einem
unbekannten Eigentümer. Sein Kumpen Jakobowitsch erhielt
wegen Schleiern einen Monat Gefängnis. — Schwere
Strafen trafen auch drei heftige Lehrlinge, Epöhm, Wolf
und Wilmann, die allerdings auch schon vorhergefangen sind. Sie
wurden in zwei Fällen des Diebstahls, in zwei Fällen des ver-
suchten schweren Diebstahls und Epöhm des Gefährlichkeits

Gust. Uhlig, Halle, untere Leipzigerstrasse

Größtes Lager der Provinz Sachsen in Musikinstrumenten jeder Art.

Wirklich praktische Musik-Instrumente für Jung und Alt

ohne Notenkenntnis sofort oder in kürzester Zeit spielbar sind meist neuverbessert

Reich Italienische Occarinas
sofort spielbar.

Kinder-Gelgen 1.60, 2 und 3 Mt.
Schul-Gelgen 5, 6, 8, 10 Mk.
Bessere Gelgen von 10 bis 100 Mk.
Mandolinen 6, 8, 10 bis 60 Mk.
Konzert-Zithern in grosser Auswahl am Lager.

Phonographen und echten Grammophonen
jeder existierenden Art.

Neuheit! Glas-Harmonium
sofort spielbar.

rein abgestimmten **Mund-Harmonikas u. Zieh-Harmonikas** jeder Art.

Pistons, Trompeten, Glas-Accordeons Signalhörner, Trommeln, Flöten, echt italienische Occarinas, Konzertinas und Bandolinos, Acol, Reform- und Hosenbaer-Accord-Zithern in jeder Preislage.

Billige u. gute Bezugsquelle Gust. Uhlig, Halle a. S., untere Leipzigerstr.

Gegründet 1859. Reich illustrierten Preis-Courant versende gratis und kostenlos. Gegründet 1859.

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 300

Salle a. S., Sonnabend den 23. Dezember 1911

22. Jahrg.

Aus der Provinz.

Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz.

Parteiengenossen! Auf zur Wahlarbeit!
Sonntag, den 24. Dezember, früh 8 Uhr, Flugblattverbreitung. Seit alle Mann zur Stelle! Die Ausgabe erfolgt, wie immer, in den bekannten Lokalen und bei den bekannten Genossen. Für die ländlichen Bezirke sind die Flugblätter schon Sonnabend abgeholt. Die Kreisleitung.

Wahlkreis Merseburg-Querfurt.

Raschbüchens Beispiel.

Wir berichteten bereits mehrfach darüber, wie der Bürgermeister von Lützen in seiner Eigenschaft als Polizeichef es fertig gebracht hat, einen ihm unterstellten Beamten zur Vernehmung einer, vom hiesigen Liberalen Wahlverein einberufenen Mitgliederversammlung zu befehlen. Im Lützener Kollektiv wurde diese Mißhandlung des Reichsverordnungsrechtes rechtsgäßhaft gekennzeichnet und auf den beschrittenen Beschwerdebahn hingewiesen. Ueber den Erfolg dieser mutigen Aktion berichtet das tapfere Spiegelblättchen seinen Lesern folgendermaßen:

„Die polizeiliche Ueberwachung einer geschlossenen Vereinsversammlung ist nicht zulässig. Zu einer völlig anstößigen Versammlung eines politischen Vereins (Wo? in Hofmühl etwa?) war seitens der Polizeibehörde (welcher?) ein Beamter mit der polizeilichen Ueberwachung beauftragt worden. Da der Beamte auf Erfragen des Versammlungsleiters das Versammlungsort nicht bezog, wurde die Versammlung aufgehoben. Auf eine an den Landrat (Wo wohnt der gute Mann?) ergangene Beschwerde wurde jetzt den Beschwerdeführern mitgeteilt, daß er die Polizeibehörde auf das irrtümliche und widerrechtliche ihres Verhaltens hingewiesen habe.“

Aus dieser Mitteilung ist mit aller Deutlichkeit zu ersehen, daß es sich um den Liberalen Verein in Lützen handelt, der, wie wir gestern mitteilen, die Beschwerde mit Erfolg geführt hat. Wir können weiter ersehen, wie genau und gewissenhaft ein Lokalsblättchen seinen Lesern in der Unwissenheit und Dummheit erhält, wenn es sich darum dreht, gegen die Stadtspitzen die Wahrheit zu schreiben. Das geschieht obendrein bezeichnerweise mitten im Wahlkampf. Wer die Dinge nicht mit Interesse verfolgt, hat keine Ahnung, wo die Geschichte passierte und welcher reaktionäre Polizeichef einen solchen Streich gegen das Gesetz begangen hat. Würde es sich um einen sozialdemokratischen Verein handeln, wüßte man den Ort, die Person, Zeit und Stunde genau, ja man würde nach

liberaler Manier seine Freunde darüber haben. Diese Feindschaft des Volksbüchens soll sich die Arbeiterkraft endlich merken und die nötigen Konsequenzen ziehen. Jetzt, während der schweren Zeit des Wahlkampfes, sollte in keiner Arbeiterwohnung eine wirtliche Arbeiterzeitung fehlen, denn diese ist es nur, die rücksichtslos gegen die Reaktionen der Behörden und bestehenden Klassen Front macht. Darum, Parteiengenossen, agitiert für das Gasse Volksblatt!

Merseburg. Der Kreisrat des Kreises Merseburg beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung u. a. mit dem Projekt des Baues einer Nebenbahn Merseburg-Böhlen. Bereits im vorigen Jahre hat der Kreisrat zur Förderung dieses Projektes aus dem Kreisfonds 20000 Mark zu geben beschlossen, sofern die Pöhleninteressenten die Hälfte des geforderten Betrages von 150000 — 75000 Mark beizubringen, und der Rest durch Gemeinden, Rittergüter usw. gedeckt wird. Nach einer langen Diskussion, in der namentlich bemängelt wurde, daß sich verschiedene größere Anlieger von den Beträgen drücken wollten, wurde einem Vorschlag des Kreisratschuldes zugestimmt, der dahin zielt, diejenigen Orts- und Gemeindebesitzer, von der Bahn Urtelle haben, im voraus zu belasten, und zwar auf Grund von Bestimmungen der Kreisordnung und des Provinzialabgabengesetzes. Ein neuer Beweis für die Verkehrselendigkeit und Rückständigkeit unserer Großagrarier.

Dürrenberg. Aus dem Gegerlager. Rüstlich stellte sich hier im Gathof zur Eisenbahnbrücke der Kandidat der Konserverativen, Gutsbesitzer Niels aus Starfischel, „seinen“ Wählern vor. Von nah und fern, in Kutischen und Automobilien waren die „Vollständigen“ und sogar auch einige Kleinbauern eingetroffen, um eine Viertelstunde lang den „trefflichen Worten“ zu lauschen, die der immer noch höchst lautstarken Wohltrumpete entquollen. Der Kandidat bekannte zwar mit bei Großagrarier selten anzutreffender Bescheidenheit, daß er kein großer Redner wäre, und die Zuhörer möchten ihn einschuldigen, aber wenn Herr Niels glaubt, mit seinem Sermon Wähler für sich einzufangen, so schätzt er deren Bildungsgrad nicht gerade hoch ein. Nachdem der Kandidat die Zuhörer eine Viertelstunde gelangweilt hatte, wurde die Aussprache, wie sie es nannten, eröffnet. Geger waren natürlich ausgeschlossen. Der schon aus anderen Versammlungen bekannte Gutsbesitzer Winter aus Köden glaubte dem Referat noch einige Ergänzungen über Erbschaften und Einbußschätze geben zu müssen, was sehr nötig schien. Der große Generalsekretär“ Welche probuzierte sich diesmal nicht als Abenteurer, sondern zeigte seinen Auftraggebern, daß er auch tüchtig in Sozialkassenreflexen machen kann. Er flagte bitter darüber, wie schwer die armen Arbeiterbewohner unter dem Terrorismus der Sozialdemokratie zu leiden hätten und schrie nach einem neuen Justizhausgefängnis. Damit erreichte die konserverative Theaterbesetzung ihr Ende, das Wanderebene-sonfortium zog vor bannen.

Lützen. Verächtlichung der Sozialisten. In der letzten zur Veröffentlichung gelangten Lokalliste ist irrtümlicherweise unter Lützen die Gute Quelle verzeichnet. Seit dem

1. Oktober d. J. steht der hiesigen Arbeiterkraft nur der Bürgergarten zur Verfügung. Wir bitten dies auch an den bevorstehenden Weihnachtsfeiertagen streng beachten zu wollen. Ferner: der Gathof von Gehler in Al.-Görichen steht der hiesigen Arbeiterkraft schon seit einem 1/2 Jahre nicht mehr zur Verfügung.

— **Wahltagswähler!** Heute Sonnabend, den 23. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, findet im Bürgergarten in Lützen eine Wählerversammlung statt, in der Genosse Pojewski-Weipitz spricht. Die Genossen müssen daher sorgen, daß die Versammlung gut besucht wird.

Reben. Unter freiem Himmel. In Ermangelung eines Lokals, in dem sozialdemokratische Versammlungen abgehalten werden könnten, fand am Sonntag, den 17. d. M., hier wieder eine öffentliche Wählerversammlung unter freiem Himmel statt. Als Redner war der Kandidat unseres Wahlkreises, Genosse Volander, erschienen. Die Versammlung war von etwa 80 Wählern und Frauen besucht, die zum großen Teil auch aus den umliegenden Ortsteilen gekommen waren. Das Referat wurde von dem anwesenden zustimmend aufgenommen. Wie im ganzen Kreis herrscht auch bei uns eine der Sozialdemokratie günstige Stimmung, selbst unter den ländlichen Wählern. In Rebra allein sind die 3 Abi der Sozialisten in den letzten Wochen um 35 angenommen. Auch für die Wahl selbst darf in unserer Gegend mit einer erfreulichen Stimmzunahme gerechnet werden. Um die Früchte einzukleinern, muß aber jeder einzelne Genosse seine Pflicht voll erfüllen.

Wahlkreis Mansfeld.

Das Wahlbureau

Das Eisen, Restaurant Bürgergarten, ist täglich bis abends 9 Uhr zur Erledigung aller Wahlgeschäfte geöffnet. Die Briefadresse lautet: **Kob. Steiner, Eisen, Wahlbureau Bürgergarten.** Auch Telegramme sind an diese Adresse zu richten. In bringenden Fällen wolle man stets das Telefon (Aufnummer: Amt Eisen 289) benutzen.

Die Wähler Versammlungen „gefällig“ werden.

Einen wahren Verzweiflungskampf führt der „beliebte“ Volksmann Arndt um sein geliebtes, Diktum bringendes Mandat. Alle Mittel, selbst die schlechtesten, werden von ihm und dem Reichsverband in Anwendung gebracht, die reich-treu sein sollenben Wähler in einen nationalen Schlaf mit phantastischen Träumen einzutreiben. In dem Bewußtsein, daß es diesmal recht schwer hält, zumal die Regierung noch immer keine zugräftige Wahlparole finden kann, suchen die Helferhelfer die Wähler aus allen Ständen zu sich hinüber-zuziehen. Hilf, o Michel, hilf! Auf welche Weise die in allen Blättern verkündete „nationale Begeisterung“ gemacht wird, lehrt uns eine am Sonnabend vormittags (1) in Abbe-rope zusammengetroffene Versammlung. Da uns diese Zeit Kleinbürger und Arbeiter, auf deren Stimmen man (pehultzt,

Ladenschluss am Heiligenabend.

Die Geschäftslokale müssen infolge der plötzlichen und die Gewerbetreibenden hart treffenden Verfügung der hiesigen Polizei-Verwaltung um

6 Uhr

geschlossen werden.

Das verehrte Publikum wird daher gebeten, die Einkäufe möglichst in den ersten Nachmittagsstunden vorzunehmen.

Rabatt-Spar-Verein, Halle a. S. (E. V.)
Kaufmännischer Verein (E. V.)
Detailisten-Verein (E. V.)



Vom Weihnachtsmann

möge jeder recht reichlich bedacht werden. Unsern Hausfrauen aber möge er je 1 Pfund der feinsten Margarine-Marken bringen, nämlich

Rheinperle

-Margarine, das Beste vom Besten.

Solo

-Margarine, der altbewährte feine Butter-Ersatz.

Cocosa

feinste Pflanzen-Butter-Margarine.

Im Geschmack, Aroma und Bekömmlichkeit bester Butter gleich, aber wesentlich billiger als diese. — Ueberall erhältlich!

Ausschließliche Fabrikanten:
Hoff. Marg.-Werke Jürgens & Prinsen
G. m. b. H. Goch.

**Rheinperle
Solo
Cocosa**

statt
Butter
das beste!



Rossfleisch!!

Zu den Feiertagen
selten schöne Ware!

Sehen und staunen! Sehen und staunen!

Salami- und Cervelatwurst,
geräucherter und gekochter Schinken.
Alles übrige nur delik.

Darum alles zu

August Thurm,

Reilstrasse 10.

Möbel.

Schreibtische, Kleiderkrant,
Sessels, Stühle, Kaffee-
tische, Bettstellen mit Mat-
traze, Matratze, Salon-
Sessel, edelster Tisch,
Prunkstuhl, 3 Stühle, all-
seit. u. Stuhl, Bettstelle u.
Matr., Matratze u. Spiegel-
schrank, Kleiderkrant, nach
Maß angefertigt mit Feder-
sitz, Pianino, Klavierleiste,
Kleiderkasten, Komod. Schrank,
Sessels u. s. w., alles sehr
wenig gebraucht, verkauft billig

Friedrich Pelleke,

Halle a. S.,

Geißstraße 26. — Tel. 2450.

Knusperhaus

Geiststr. 29, Steinweg 25,
L. Wucherstr. 7.

Große Auswahl in Weihnachtsartikeln.
Billigste Preise. Bitte Schaufenster
beachten.

**Spielwaren,
Geschenkartikel,
Christbaumschmuck**

Weihnachtskarten etc.
in reicher Auswahl billigst.

Sisbeth Keil,
Wormitzerstr. 12, Eoko Wolstr.

Hochfein, Baumbehang-Nischung
in großer Auswahl empfiehlt
Alb. Hampe, Leipzigstr. 66
W. d. R.-Sp.-B.

Solinger Stahlwaren.

Große Auswahl praktischer Weihnachtsgeschenke
in Taschenmesser, Scheren u. s. w., Tisch-, Bonnet-,
Tranchier-, Salat-Setschen. — Gabel, Messer, Messer,
Brotmesser in großer Auswahl sehr billig.
Rasierpiegel, Rasiermesser, Rasierapparate,
Rasierkasten u. s. w., Haarschneidemaschinen,
Schlittschuhe in jeder Preislage.

Max Turner,
Geiststr. 65, gegenüber der Unter-Post.
— Mitglied des Rabatt-Spar-Bereins. —

Empfehle diese Woche **grosse frische Hasen,**
pro Stück 3 Mark.

Kaninchen zu Tages-
preisen. **Kasenklein** Stück
20 Pf. **Walter Raue,**
Jakobstrasse 15
u. Wochenmarkt.

Christ-Stollen

I. schwere Qualität, hochfein im Geschmack
II. leichte Qualität, bekömmlich u. sehr beliebt

Ia. Zutaten
in allen Preislagen vorrätig.

Geiststr. 46 **M. Hänel,** Harz 12.
Fernsprecher 2061.

Zum Weihnachtsfeste

Schokoladene Hasen
Nektare
Nektarblätter

Ia. Mastgänse
Ia. Mastenten
Suppenhühner u. Gänse.
Große Auswahl in Hasen.

in nur guter Qualität und zu billigen Preisen.
M. Meye, Reilstraße 42 u. Wochenmarkt.
Fernsprecher 3996.

Aufgepasst!

Zum Einkauf von Zigarren u. Zigaretten in Weiblich-
lichen empfehlen wir uns den verehrten Damen und
Blonden dieses Blattes, da reichliche Auswahl in ein-
fachen und besseren Sorten vorhanden ist.

Zigarren-Spezial-Handlungen
Paul und Max Driethen,
Wormitzerstr. 109 — Reilstr. 48
und Reilstr. 1, Ede Hofplatz.



**Reisekoffer,
Reisetaschen, Handkoffer,
Rucksäcke, Gamaschen, Früh-
stücksmappen, praktische, solide
Damentäschchen**

schon von 3 M. an.
Schulterriemen und Mappen in
bester Sattlerarbeit.
Brieftaschen, Zigarren-Stuhl,
Kosentragen.

**Starke Portemonnaies,
Goldbeutel, Marktaschen in allen Preislagen.
Fellpferde, Ziegen, Kähe und Hunde**
zu extra billigen Preisen.

Paul Göldner, Sattlerei.
Halle a. S., Leipzigerstrasse 79.
Grösste Auswahl. — Billige Preise.
5% Rabatt.

Alle Parteischriften empfiehlt die **Wollschneidung.**

Gegründet 1817. **J. Saatz,** Gegründet 1817.

Wart, Nathaus,
empfeht als passende Weihnachts-Geschenke sein reichhaltig
fortiertes Lager in
langen u. kurzen Pfeifen, Zigarren-Spitzen in Meer-
schamm und Zerklein, Glöden, Schnupftabak-Dosen,
Schach- und Damenspielen, Würfelspielen usw.

Enorme Auswahl. Billige Preise.



Max Strauss,
G. m. b. H.,
68 Leipzigerstrasse 68.
Herren-Hüte.

Beim Einkauf eines Hutes eine elegante Krawatte
als Weihnachts-Geschenk.

Nur Steinweg 31 (achten Sie genau
auf die Nummer)

kaufen Sie am billigsten beste Qualitäten

Baumbehang in allen Preis-
lagen,
Honigkuchen, Ia. Qual.

3 Mt. mit 2 Mark Rabatt, keine 45 Pfg.
Mignonherzen, große 85 Pfg. pro Pfd.

Große Auswahl in Geschenk-Artikeln.
Marie Peschke Nachf.

Dam.-Kleider in alle Arten. **Degen, Hasen u. Hasenb.**
u. Damen-Schirme billig. **1000 alte Sort. Erde u. Kiste**
Konnick, St. Wilschtr. 15. **kauf Joh. Bernhart, Leipzig 4.**

